

Asien und Pazifik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Tätigkeitsbericht / Internationales Komitee vom Roten Kreuz**

Band (Jahr): - **(1991)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

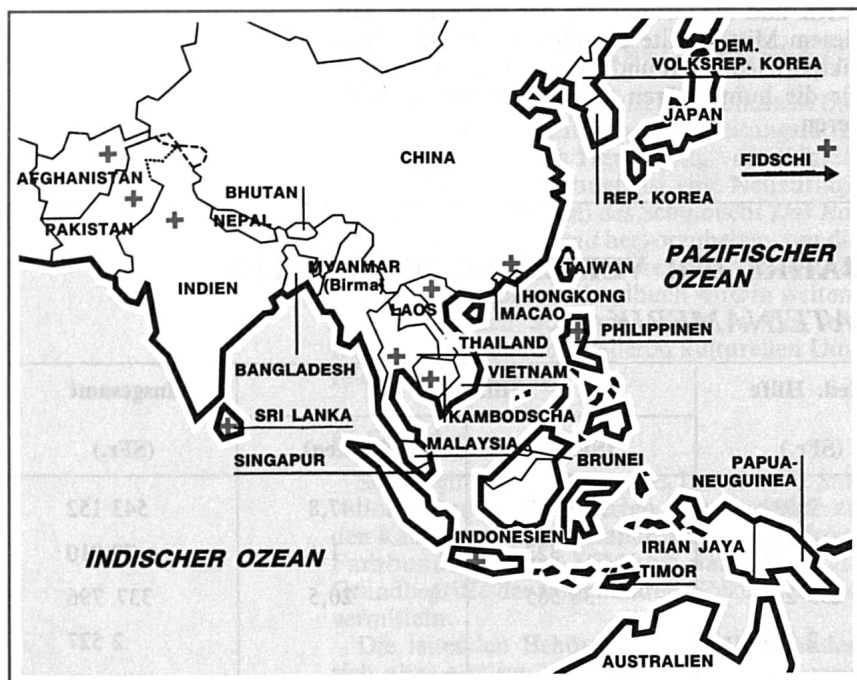
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ASIEN UND PAZIFIK



6 Delegationen:

Afghanistan
Kambodscha
Pakistan
Philippinen
Sri Lanka
Thailand

5 Regionaldelegationen:

Djakarta
Hanoi
Hongkong
Neu-Delhi
Suva

Personal*):

Entsante Kräfte IKRK: 238
Nationale Gesellschaften: 288
Lokale Angestellte: 2 241

Ausgaben insgesamt:
81 682 400 Schweizer
Franken

* Jahresdurchschnitt

1991 war die Tätigkeit des IKRK in Asien und im Pazifik je nach der Entwicklung des politischen Umfeldes von Erfolgen und Rückschlägen gekennzeichnet, doch blieb die Konsolidierung der laufenden Programme das dominierende Merkmal. Das IKRK konnte insbesondere in Sri Lanka seine Tätigkeit zugunsten der Inhaftierten verstärken und in Afghanistan und Indonesien neue Kategorien von Gefangenen erreichen. Zudem wurden die letzten 23 vietnamesischen Kriegsgefangenen aus China heimgeschafft. Waren im Anschluss an die Pariser Verträge recht ermutigende Anzeichen aus Kambodscha eingegangen, so erlaubte hingegen nichts dem IKRK bei Jahresende, auf eine baldige Besuchserlaubnis der Sicherheitshäftlinge in Vietnam zu hoffen.

Angesichts der Gewalt, die in vielen Ländern nach wie vor wütet, mussten umfangreiche medizinische Equipen und Strukturen aufrechterhalten werden, um den Opfern der Kämpfe zu

helfen. So führte das IKRK seine kriegschirurgische Tätigkeit in den Krankenhäusern von Kabul (Afghanistan), Peshawar und Quetta (Pakistan), Kao-I-Dang (Thailand) und in den Regierungskrankenhäusern von Pursat, Kampot und Mongkol Borei (Kambodscha) weiter. Ebenso wurden orthopädische Programme in Afghanistan, Kambodscha, Myanmar, Pakistan und Vietnam aufgenommen oder weitergeführt.

Bei zahlreichen Missionen vertieften die Delegierten des IKRK die Beziehungen zu den Regierungen und Nationalen Gesellschaften in Asien und im Pazifik, um die Verbreitung des humanitären Völkerrechts und die Ratifikation der Genfer Abkommen und/oder der Zusatzprotokolle zu fördern. Erstmals wurden in China, der Demokratischen Volksrepublik Korea und in Japan Kriegsrechtslehrgänge für Offiziere der Streitkräfte organisiert.

KONFLIKT IN AFGHANISTAN

Die Ereignisse am Persischen Golf verdrängten den Konflikt in Afghanistan aus dem Bewusstsein, obwohl weiterhin heftige Kämpfe viele zivile und militärische Opfer forderten. Die Einnahme von Khost (eine Stadt im Südosten des Landes nahe an der pakistanischen Grenze) durch die Oppositionsbewegungen Ende März war der Anfang umfangreicher militärischer Operationen, die unter anderem die Umgebung von Kabul, Herat, Kandahar, Jalalabad und Mazar-I-Sharif in Mitleidenschaft zogen. Zu Beginn des Jahres verhinderten zudem starke Schneefälle den Zugang zu gewissen Regionen.

Trotz der Verschlechterung der Sicherheitsbedingungen und mehrerer Sicherheitszwischenfälle, die seine Bewegungsfreiheit einschränkten, führte das IKRK in Afghanistan und Pakistan seine Tätigkeit weiter. Erwähnt seien in Afghanistan zwei Entführungen (ein Delegierter wurde während zwölf, vier weitere während 75 Tagen festgehalten), drei Hinterhalte (wobei in einem dieser Fälle zwei afghanische Angestellte getötet wurden), die Besetzung und Plünderung eines Erste-Hilfe-Postens sowie mehrere Bombardierungen in der Nähe von Einrichtungen des

IKRK. Die Missionen, die von Pakistan aus in Afghanistan durchgeführt wurden, sowie die Tätigkeit der Hilfsposten wurden durch die Sicherheitsbedingungen ebenfalls beeinträchtigt. Es wurden aus diesem Grund weniger Verwundete in die Krankenhäuser von Peshawar und Quetta evakuiert als 1990. Zudem schürten die Ereignisse am Golf in Afghanistan und Pakistan in der Bevölkerung Leidenschaften, was die Tätigkeit der entsandten Mitarbeiter erschwerte.

AFGHANISTAN

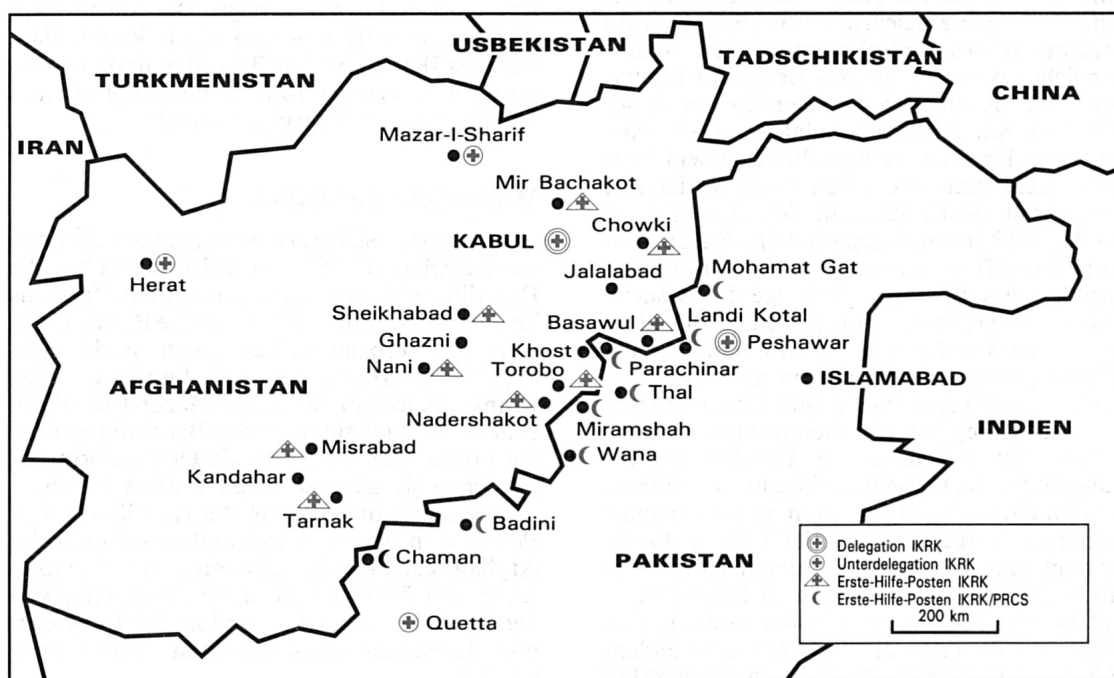
Das IKRK, das in Afghanistan seit 1987 mit einer Delegation in Kabul, und seit 1989 mit zwei Unterdelegationen (Herat und Mazar-I-Sharif) anwesend ist, gehört zu den wenigen Organisationen, die in den meisten Regionen des Landes ihre Tätigkeit mit dem Einverständnis der Regierungsbehörden und der Oppositionsbewegungen ausüben.

Nach der Entführung von vier Delegierten Anfang des Jahres in Kandahar zog sich das IKRK allerdings aus den südlichen Provinzen Kandahar und Zabul zurück.

Zudem stellten die Unterdelegationen in Herat und Mazar-I-Sharif infolge schwerer Sicherheitszwischenfälle im Juli ihre Tätigkeit ein, und die entsandten Mitarbeiter wurden zurückberufen. In Mazar-I-Sharif war gerade die orthopädische Werkstatt eröffnet worden und diejenige von Herat war im Bau. Das Tätigkeitsgebiet der beiden Unterdelegationen hatte zehn Provinzen umfasst.

Angesichts der Heftigkeit der militärischen Operationen war das IKRK zudem nicht in der Lage, wie in den vergangenen Jahren Missionen in die der Kommandantur Assuds unterstehenden Provinzen des Nordostens des Landes zu entsenden.

In vielen Gebieten, in denen es dem IKRK nach jahrelangen Anstrengungen gelungen war, seine Tätigkeit zu entfalten, führten diese gravierenden Probleme zu einem gewissen Rückgang der Aktivitäten; so waren die Missionen, die es mit der Einwilligung aller beteiligten Parteien von den Städten und Gebieten aus, die von der Regierung kontrolliert wurden, in den Gebieten in der Hand der Oppositionsgruppen durchführte, weniger zahlreich als 1990. Dagegen konnten in den letzten Monaten des Jahres,



mit der Eröffnung des neuen Zentrums im November in Kabul, die orthopädischen Tätigkeiten ausgeweitet werden. Schliesslich wurde der Generaldelegierte des IKRK für Asien und den Pazifik am 24. November von Verteidigungsminister Aslam Watanjar empfangen, der dem IKRK die Bewilligung erteilte, ein Verbreitungsprogramm für die Streitkräfte durchzuführen.

1991 zählten die Delegierten in Kabul und die beiden Unterdelegationen an die 700 afghanische Angestellte und mehr als 70 entsandte Mitarbeiter, davon zwei Drittel medizinisches Personal, das in der Mehrheit von den Nationalen Gesellschaften verschiedener europäischer Länder sowie von Australien, Kanada und Neuseeland zur Verfügung gestellt worden war.

Tätigkeit zugunsten der Inhaftierten

Die Delegierten des IKRK waren weiterhin bemüht, Zugang zu allen von den Behörden in Kabul festgehaltenen Personen zu erhalten. Am 27. September erörterte Cornelio Sommaruga, Präsident des IKRK, mit dem Ministerpräsidenten der Republik Afghanistan, Fazlulhaq Khaleqyar, insbesondere die Frage der Häftlinge, die dem Ministerium für Staatssicherheit unterstehen. Der Generaldelegierte traf seinerseits im Lauf des Jahres wiederholt mit hohen Verantwortlichen der afghanischen Regierung zusammen. Die Bewilligung für den Besuch dieser Häftlinge war Anfang des Jahres erteilt worden, doch konnten die Besuche zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden, weil die Behörden den Delegierten nicht erlaubten, sich ohne Zeugen mit den Häftlingen zu unterhalten. Am 26. November empfing Präsident Najibullah den Generaldelegierten, wobei die Frage der Besuche erneut erörtert wurde. Im Anschluss an diese Demarchen wurden alle Einschränkungen aufgehoben, womit die Institution nach jahrelangen Verhandlungen vollen und freien Zugang zu dieser Kategorie von Gefangenen erhielt.

Trotz der verlangsamten Tätigkeit infolge mangelnder Sicherheitsbedingungen, führten die Delegierten in Afghanistan im Berichtsjahr 44 Gefangenenbesuche in 15 Haftstätten durch, die dem Innenministerium unterstehen (in den Blocks 3 und 4 des Gefängnisses Pul-I-Charki und in den wichtigsten Provinzstädten). Das IKRK verteilte unter diesen Gefangenen zudem 38 Tonnen Hilfsgüter (Wolldecken, Winterklei-

dung, Seife, Tee) im Wert von 486 000 Schweizer Franken. Es konnte auch Personen besuchen, die von der Opposition festgehalten wurden (*siehe auch das Kapitel «Pakistan»*).

Suchdienst

Bei seinen Besuchen in den Haftstätten Afghanistans nahm der Suchdienst eine grosse Anzahl von Botschaften entgegen, die sowohl in Afghanistan (insofern das Gebiet für das IKRK erreichbar war) als auch in Pakistan den Angehörigen der Gefangenen zugestellt wurden. Nach der Offensive von Khost wandten sich viele Afghanen aus dem Norden des Landes und der Provinz Paktia, die keine Nachrichten von ihren Angehörigen in der Region von Khost hatten, an das IKRK. Dieses stiess wegen der verschlechterten Sicherheitsbedingungen oft auf grosse Schwierigkeiten bei der Übermittlung von Rotkreuzbotschaften von Gefangenen oder Antworten auf Nachfragen. Später nahmen die Nachfragen ab, insbesondere nach der Einfrierung der Tätigkeiten der Unterdelegationen in Herat und Mazar-I-Sharif.

1991 wurden an die 18 000 Familienbotschaften ausgetauscht und 35 Personen (hauptsächlich nach Pakistan) verlegt. Die Suche nach Vermissten erlitt hingegen einen Rückschlag, weil das IKRK von den Behörden und den Oppositionsbewegungen auf die ihnen unterbreiteten Fälle keine Antworten erhielt.

Medizinische Tätigkeiten

Wegen der Sicherheitsbedingungen konnten die Delegierten 1991 ihre Missionen über die Frontlinien hinweg nur in geringerer Masse als im Jahr davor durchführen. Diese Bewegungen wurden dazu benutzt, Verwundete in das chirurgische Krankenhaus in Kabul und die zivilen Krankenhäuser in Herat und Mazar-I-Sharif zu evakuieren und sie nach der Behandlung über die Frontlinien wieder an die Orte zu bringen, an denen sie aufgenommen worden waren.

Das IKRK unterstützte die Ausbildung von Personal in den zehn Behandlungszentren des Afghanischen Roten Halbmonds in Kabul logistisch und finanziell, bis diese Programme von der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften übernommen wurden.

Die zivilen Krankenhäuser Afghanistans erhielten medizinische Nothilfe. Zudem versorgte das IKRK Anfang des Jahres das Krankenhaus in Herat insbesondere mit chirurgischem Material, Bettzeug und sanitären Einrichtungen.

IKRK-Krankenhaus in Kabul

Das Nachlassen der Angriffe auf die Stadt Kabul bewirkte, verglichen zu 1990, eine Abnahme des monatlichen Arbeitsvolumens des dortigen kriegschirurgischen IKRK-Krankenhauses. Drei chirurgische Teams und 18 auf postoperative Pflege spezialisierte Krankenschwestern waren dauernd im Einsatz. 1991 wurden 3 048 Patienten aufgenommen, die chirurgischen Teams führten 6 750 Eingriffe durch, sammelten 2 747 Bluteinheiten und erteilten Sprechstunden für 4 624 ambulante Patienten. Wie in den vergangenen Jahren war die Tätigkeit des Krankenhauses im Sommer intensiver als in den übrigen Monaten des Jahres.

Erste-Hilfe-Posten

Im Süden von Kabul forderten die grossen militärischen Offensiven der Regierungstreikräfte im Juni und Juli zahlreiche Verwundete, wobei die prekären Sicherheitsbedingungen die Evakuierung dieser Verwundeten von den Erste-Hilfe-Posten in die Krankenhäuser erschwerten. Anfang Juni wurde die Strasse zwischen dem südwestlich der Hauptstadt gelegenen Erste-Hilfe-Posten in Sheikhabad und Kabul unterbrochen. Ein entsandter Krankenpfleger musste während mehrerer Wochen mit 20 Patienten ausharren und konnte den Posten nur mit Hilfe eines Teams aus Quetta verlassen. Nach seiner Abreise hielten afghanische Angestellte den Betrieb des Postens auf eigene Initiative bis Oktober aufrecht. Während dieser Zeit war es nicht möglich, Verwundete in das Krankenhaus in Kabul zu evakuieren. Die Evakuierungen konnten erst im Oktober mit der Öffnung der Strasse nach Kabul wiederaufgenommen werden; zu diesem Zeitpunkt trafen auch entsandte Krankenpfleger ein, die von jetzt an wieder die Aufsicht über den Posten übernahmen. 1991 wurden von hier aus 400 Patienten in das IKRK-Krankenhaus in Kabul evakuiert.

Beim Erste-Hilfe-Posten Mir Bachakot, nördlich von Kabul, ereigneten sich mehrere schwe-

re Zwischenfälle. Im April schlug wenige hundert Meter vom Gebäude entfernt eine Granate ein, die mehrere Personen verwundete und beträchtlichen Sachschaden verursachte; im August wurde ein Delegierter während zwölf Tagen entführt. Mit Ausnahme zeitweiliger Unterbrechungen infolge dieser Ereignisse wurde die Tätigkeit des Postens während des übrigen Jahres normal aufrechterhalten. 1991 wurden rund 1 200 Kriegsverwundete von diesem Posten aus nach Kabul evakuiert. Der vorgesehene Bau eines dritten Erste-Hilfe-Postens in Mamaki in der Nähe von Maidan Shar, südlich der Hauptstadt, musste aufgegeben werden, da sich die verschiedenen Oppositionsbewegungen nicht auf seinen Standort einigen konnten.

Der geplante Bau von Erste-Hilfe-Posten und die Evakuierung von Verwundeten in der Umgebung von Mazar-I-Sharif und Herat wurden aufgrund der Einfrierung der Tätigkeiten der Unterdelegationen aufgegeben.

Orthopädisches Programm

Mit Unterstützung des *Schweizerischen Katastrophenhilfekorps* errichtete das IKRK in Kabul ein neues Orthopädiezentrum, das am 2. November eröffnet wurde. Es ist das grösste derartige Zentrum, das bisher vom IKRK eingerichtet wurde und bietet 100 Patienten Aufnahme, wird von 160 afghanischen und sieben entsandten Mitarbeitern betrieben und stellt im Monatsdurchschnitt 130 Prothesen und 30 Rollstühle her. Die Tätigkeit des Anfang November geschlossenen alten Zentrums wurden im vollen Umfang vom neuen übernommen, das einer grösseren Anzahl von Patienten eine bessere Behandlung sichern dürfte, insbesondere für die zunehmende Anzahl der Minenopfer. 1991 wurden in Kabul 1 520 Invalide gezählt. Das Zentrum stellte mehr als 1 600 Prothesen, 197 Orthesen (Stützapparate), nahezu 4 500 Paar Krücken und 220 Rollstühle her.

Nach jahrelangen Verhandlungen unterzeichneten das Gesundheitsministerium und das IKRK ein Abkommen über einen Ausbildungslehrgang für afghanische Prothesentechniker. Dieser sieht eine zweijährige Kursdauer vor, die durch ein drittes Jahr für Weiterbildung ergänzt wird. Der Lehrgang, der von zwei vollamtlichen IKRK-Prothesentechnikern betreut wird, begann im April mit zwanzig Studenten.

Die Tätigkeit in der orthopädischen Werkstatt in Mazar-I-Sharif und der Bau eines neuen Orthopädiezentrums in Herat wurden nach der zeitweiligen Schliessung der Unterdelegationen vorübergehend eingestellt. Die erstgenannte Werkstatt arbeitete von April (dem Datum ihrer Eröffnung) bis Juli, wobei fünf Amputierte mit Orthesen und 50 mit Prothesen ausgestattet wurden.

Logistik

1991 legte das vom IKRK gecharterte Flugzeug 840 Flugstunden in Afghanistan und nach Peshawar zurück, transportierte mehr als 1 300 Passagiere und 100 Tonnen Fracht, was Gesamtkosten von 1 844 000 Schweizer Franken verursachte. Dank dieser Flüge konnten Verwundete befördert und das IKRK-Krankenhaus in Kabul mit medizinischem Material versorgt werden.

PAKISTAN

1991 führte das IKRK seine Tätigkeiten jenseits der Grenze in Afghanistan von der Delegation in Peshawar und der Unterdelegation in Quetta aus weiter. Seine Arbeit wurde jedoch durch die Verschlechterung der Sicherheitsbedingungen zusehends behindert (*siehe unter «Konflikt in Afghanistan»*). Auch musste die Delegation in Peshawar angesichts der Unnachgiebigkeit gewisser Gesprächspartner auf ihre Tätigkeit in den afghanischen Provinzen Kunar und Paktia im Süden von Kabul verzichten. Einzig die Provinzen Ghazni und Nangarhar im Südosten von Kabul blieben von den Gebieten, in denen das IKRK seit seinen ersten Missionen im Oktober 1988 regelmässig über die Grenze hinweg tätig gewesen war, von Peshawar oder Quetta aus erreichbar. Diese Lage beeinflusste die Anzahl der Aufnahmen in den IKRK-Krankenhäusern in Pakistan, die im Vergleich zu 1990 mit Ausnahme der Monate April und Oktober, als im Grenzgebiet militärische Operationen stattfanden, abnahm.

Tätigkeiten zugunsten der Gefangenen

Wie in der Vergangenheit besuchten die Delegierten des IKRK afghanische Gefangene, die

aus Sicherheitsgründen von den pakistanischen Behörden in den Gefängnissen der «North West Frontier Province» und Belutschistans inhaftiert waren. Bei Missionen im Feld besuchten sie auch Gefangene in der Hand verschiedener Gruppen der afghanischen Opposition. Dennoch waren die zu diesem Zweck jenseits der Grenze unternommenen Missionen wegen der verschlechterten Sicherheitsbedingungen weniger zahlreich als 1990. Zudem ersuchte das IKRK die pakistanischen Behörden weiterhin um die Unterstützung seines Anliegens, Zugang zu allen im Zusammenhang mit dem Konflikt in Afghanistan festgenommenen Personen zu erhalten.

1991 führte das IKRK sowohl auf afghanischem als auch auf pakistanischem Gebiet 21 Gefangenenbesuche in 8 von der pakistanischen Regierung verwalteten Gefängnissen und 39 Besuche an 24 Gewahrsamsorten der Opposition durch.

Suchdienst

Sowohl in der «North West Frontier Province» als auch in Belutschistan schritt das IKRK wiederholt bei den zuständigen Behörden ein, um freigelassene Gefangene (die das IKRK während ihrer Gefangenschaft besucht hatte) heimtschaffen zu können. In einer Anzahl von Fällen war diesen Demarchen Erfolg beschieden, und das IKRK konnte die freigelassenen Gefangenen nach Kabul ausfliegen. Weitere Heimtschaffungen erfolgten auf dem gleichen Weg. Es handelte sich meist um versehrte oder behinderte Kriegsverwundete, die keine weitere Behandlung benötigten. Insgesamt führte das IKRK 40 Heimtschaffungen durch.

Nach der militärischen Offensive auf Khost wurde der Suchdienst stark in Anspruch genommen. Während ihrer Missionen auf afghanischem Boden sammelten die Delegierten eine grosse Anzahl von Rotkreuzbotschaften von Gefangenen ein oder überbrachten ihnen Botschaften ihrer Angehörigen. Zudem wurden während des ganzen Jahres in den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan Rotkreuzbotschaften entgegengenommen.

Infolge des Rückzugs des IKRK aus gewissen Gebieten Afghanistans konnte ein Teil der von der Delegation in Pakistan entgegengenommenen Rotkreuzbotschaften nicht mehr an die Empfänger verteilt werden. Dennoch erreichte

die Anzahl der während des ganzen Jahres ver- teilten Botschaften an die 13 000, was einer Ver- dreifachung des Austauschvolumens von 1990 entspricht.

Medizinische Tätigkeiten

Die Delegierten führten in Begleitung von me- dizinischem Personal mehrere Missionen jenseits der Grenze durch, um Lagebeurteilungen vor- zunehmen. Dabei versuchten sie von verschie- denen Gesprächspartnern Sicherheitsgarantien für die noch tätigen Erste-Hilfe-Posten zu er- halten, die von Peshawar oder Quetta aus be- trieben wurden.

Die Erste-Hilfe-Kurse für Afghanen, die aus dem Landesinneren kamen, wurden in den Räumlichkeiten des IKRK in Peshawar und Quetta weitergeführt, doch konnten sie auf der afghanischen Seite der Grenze wegen der Ver- schlechterung der Sicherheitslage nicht mehr stattfinden. Diese Kurse boten auch Gelegen- heit, das IKRK und die Grundsätze des huma- nitären Völkerrechts besser bekannt zu machen (*siehe auch das Kapitel «Verbreitungstätigkeit in Asien und in der Region des Pazifik»*).

IKRK-Krankenhäuser in Peshawar und Quetta

Das Arbeitsvolumen der chirurgischen Kran- kenhäuser des IKRK in Peshawar und Quetta war 1991 weniger gross als in den beiden Vor- jahren. Die Belegung der Betten in den beiden Krankenhäusern bewegte sich zwischen 100 und 110 Patienten. Die Anzahl der über die Grenze evakuierten Verwundeten nahm ebenfalls ab. Die Auslastung der Betten und die Evakuierun- gen nahmen jedoch während der Wochen nach der Einnahme von Khost durch die Opposition Ende März zu, ebenso nach den militärischen Operationen um Jalalabad im Oktober. Im April nahm das Krankenhaus in Peshawar 237 statio- näre Patienten auf (die Kapazität beträgt 230 Betten) und verzeichnete die grösste Anzahl von Aufnahmen (379 Verwundete in einem Monat) seit seiner Eröffnung.

Im ganzen Jahr wurden im Krankenhaus in Peshawar 2 400 und in jenem von Quetta 1 400 Patienten aufgenommen. In Peshawar führten die chirurgischen Teams 5 758 Eingriffe durch, sammelten 1 919 Bluteinheiten und pflegten

6 936 Patienten ambulatorisch; in Quetta waren es 3 349 Eingriffe, 884 Bluteinheiten und 1 381 ambulatorisch behandelte Patienten. In Peshawar wie in Quetta waren je zwei chirurgische Teams rund um die Uhr im Einsatz. Zur Zeit der grössten Belastung nach der Offensive gegen Khost wurde in Peshawar ein drittes Team eingesetzt.

Erste-Hilfe-Posten

Die sieben Erste-Hilfe-Posten auf pakistani- schem Gebiet entlang der Grenze zu Afghani- stan, die gemeinsam mit dem Pakistanischen Roten Halbmond geführt werden, waren wäh- rend des ganzen Jahres in Betrieb. Einheimi- sches Personal leistete den afghanischen Kriegsverwundeten Erste Hilfe und evakuierte die schweren Fälle in die IKRK-Krankenhäuser in Peshawar und Quetta. Im Laufe des Jahres wurde der nördlichste Erste-Hilfe-Posten in Mo- hamat Gat nach Khar Bajaur verlegt, weil von hier aus bessere Verbindungswege nach Afgha- nistan bestehen. Hingegen konnten nur zwei der acht von der IKRK-Delegation in Pakistan auf afghanischem Boden betriebenen Erste-Hilfe- Posten (Nani in der Provinz Ghazni und Baza- wul in der Provinz Nangarhar) während des gan- zen Jahres offengehalten werden, wobei der letztgenannte infolge einer Bombardierung (die einen afghanischen Angestellten leicht verletzte und grosse Sachschäden verursachte) von Ok- tober an während zwei Monaten geschlossen war. Die drei in der Provinz Kandahar gelege- nen Posten wurden nach der Entführung von vier Delegierten Anfang des Jahres geschlossen. Die beiden Posten in der Provinz Paktia wur- den geschlossen, nachdem zwei einheimische Mitarbeiter, der Fahrer und der Wächter einer der Posten, am 9. Juli in einen Hinterhalt ge- rieten und getötet wurden. Der Erste-Hilfe- Posten in der Provinz Kunar wurde geschlos- sen, nachdem im Juni gegen das IKRK Dro- hungen ausgesprochen worden waren.

Orthopädie

Die systematische Einführung des Werkstof- fes Polypropylen im orthopädischen Zentrum von Peshawar ermöglichte die Herstellung leich- terer, widerstandsfähigerer und ästhetisch be-

friedigenderer Prothesen, die mit geringerem Arbeitsaufwand und kostengünstiger hergestellt werden können: Im Vergleich zu 1990 konnte die Produktion von monatlich 90 auf rund 110 Prothesen erhöht werden. Die Jahresproduktion des Zentrums belief sich auf 1 284 Prothesen, 690 Orthesen, 315 Rollstühle und 610 Paar Krücken. Annähernd 700 Patienten erhielten orthopädische Hilfen.

In Quetta eröffnete das IKRK eine kleine orthopädische Werkstatt, die ausschliesslich Reparaturarbeiten ausführt. Die Amputierten müssen sich jetzt für diese Unterhaltsarbeiten nicht mehr nach Peshawar begeben.

Als technischer Berater unterstützte das IKRK weiterhin das Paraplegikerzentrum in Peshawar, die einzige Anstalt dieser Art in der Region; sie wird vom Pakistanischen Roten Halbmond betrieben. Die Hälfte der dort behandelten Patienten sind pakistanische Staatsangehörige.

KONFLIKT IN KAMBODSCHA

Die Verhandlungen für einen Friedensplan in Kambodscha gingen mit einer Intensivierung der Kämpfe in den Monaten Februar und März 1991 einher. Diese waren zunächst in den Grenzprovinzen zu Thailand ausgebrochen und hatten sich dann ins Innere des Landes ausgedehnt. Das IKRK führte seine Aktion für die Opfer des Konflikts auf der thailändischen Seite der Grenze weiter und verstärkte seine Tätigkeit im Inneren Kambodschas. Laut Schätzungen befanden sich 1991 an die 200 000 Vertriebene im Innern Kambodschas und rund 320 000 in Thailand.

Am 1. Mai unterzeichneten die vier am Konflikt beteiligten Faktionen¹ ein Waffenstillstandsabkommen. Trotz der Verletzung des Abkommens in den folgenden Monaten hielten die hohen Verantwortlichen der vier Konfliktparteien im Rahmen des Obersten Nationalrats Kambodschas (CNS), der Versammlung dieser Parteien, den Dialog aufrecht.

¹ Staat Kambodscha, Demokratisches Kampuchea (KD), «Front national de libération du peuple khmer (FNLPK)» und «Front for United Neutral Cooperative Independent and Peaceful Cambodia (FUNCINPEC)»

Am 24. August wurde der Stellvertretende Generaldelegierte des IKRK für Asien und den Pazifik zusammen mit den Leitern der Delegationen Phnom Penh und Bangkok am Rande eines Vorbereitungstreffens für die Friedensabkommen für Kambodscha vom Präsidenten des CNS, Prinz Sihanouk, in Pattaya (Thailand) empfangen. Er überreichte ein Dokument, in dem insbesondere der freie Zugang der Institution zu allen von den vier Faktionen des CNS festgehaltenen Gefangenen gefordert wurde.

Auf Einladung von Prinz Sihanouk begab sich die gleiche Delegation am 31. August erneut nach Pattaya zu einer Arbeitssitzung. Nach dieser Zusammenkunft erliess Prinz Sihanouk am 3. September einen Aufruf an alle im CNS vertretenen Parteien, in dem er sie aufforderte, von weiteren Verlegungen von Minen im Land und namentlich entlang der Grenze zu Thailand abzusehen. Er ersuchte sie ausserdem, dem IKRK den freien Zugang zu allen im Zusammenhang mit dem Konflikt inhaftierten Personen zu ermöglichen.

Im Oktober trat die II. Pariser Kambodscha-Konferenz zusammen, an welcher, im Beisein des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kambodscha — vertreten durch den CNS — und 19 weitere Staaten² teilnahmen. Das IKRK führte Gespräche am Rand der Konferenz und sein Generaldelegierter für Asien und den Pazifik überreichte Prinz Sihanouk am 22. Oktober ein Memorandum über die Frage der Sicherheit der Vertriebenen im Lager Basis 8 und ein weiteres über den Schutz der in Kambodscha inhaftierten Personen. Die Konferenz führte am 23. Oktober zur Unterzeichnung des Friedensabkommens, das von der UNO vorbereitet worden war. Darin wird in Artikel 21 ausdrücklich auf die Rolle des IKRK bei der Freilassung der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten hingewiesen: «Die Freilassung aller Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wird in möglichst kurzer Zeit unter der Leitung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), in Zusammenarbeit mit dem Sondervertreter des Generalsekretärs und [...] unter Zuzug weiterer

² Australien, Brunei, China, Frankreich, Grossbritannien, GUS, Indien, Indonesien, Irland, Japan, Jugoslawien, Kanada, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vereinigte Staaten, Vietnam

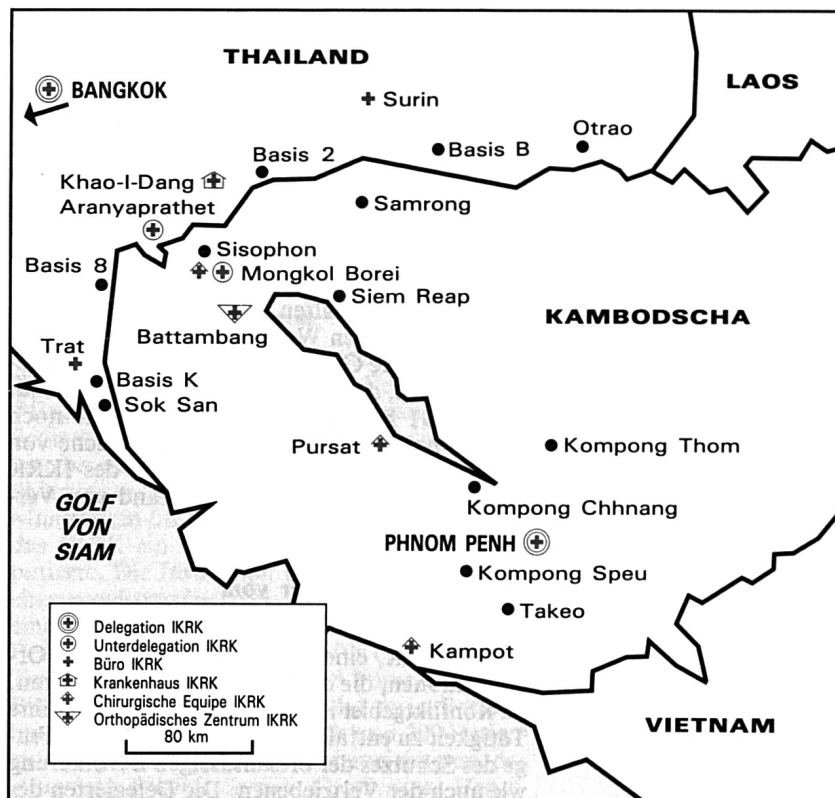
geeigneter humanitärer Organisationen, und der Unterzeichner bewerkstelligt.» Artikel 22 definiert den Begriff «Zivilinternierter» wie folgt: «Der Ausdruck Zivilinternierter bezeichnet alle Personen, die nicht Kriegsgefangene sind, sich aber in der einen oder anderen Form am bewaffneten oder politischen Kampf beteiligt haben und aufgrund dieser Beteiligung von irgendeiner der Parteien festgenommen und inhaftiert worden sind.»

Auch nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens kam es dennoch in einigen Provinzen Kambodschas zu sporadischen Zusammenstößen.

Während des ganzen Jahres unternahm das IKRK wiederholte Demarchen bei den Konfliktparteien, dem CNS und den an der künftigen Heimkehraktion für die Vertriebenen in den thailändischen Lagern beteiligten Organisationen, damit diese Menschen vor und während der Heimkehr sowie während ihrer Wiedereingliederung in Kambodscha den nötigen Schutz erhalten. Besonderes Gewicht legte das IKRK auf die Notwendigkeit der Entminung der Gebiete, in denen die Neuansiedlungen vorgesehen sind, und auf die Registrierung aller in den Lagern anwesenden Menschen vor ihrer Abreise. Das IKRK wurde ausserdem eingeladen, der *Policy Advisory Group* beizutreten, die die Unterstützung der Vertriebenen innerhalb Kambodschas koordiniert, und in der ebenfalls die zuständigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sowie fünf nichtstaatliche Organisationen vertreten sind.

In logistischer Hinsicht waren 1991 folgende wichtige Entwicklungen zu verzeichnen:

- nach monatelangen Verhandlungen und entsprechenden Wartezeiten erhielten die Delegationen des IKRK in Bangkok und in Phnom Penh am 20. Februar die Bewilligung, miteinander über Funk zu verkehren, sei es vom Sitz oder vom Feld aus.
- Ende Juni erhielt das IKRK seitens der thailändischen Behörden die Erlaubnis, im Rahmen seiner humanitären Tätigkeit die Grenze beim Kontrollposten Poipet (an der Strasse Aranyaprathet — Sisophon) zu überschreiten. Ein erster Konvoi, bestehend aus zwei Ambulanzen für das Krankenhaus in Mongkol Borei, traf am 3. Juli in Kambodscha ein. Nach 16 Jahren war damit erstmals eine Strassenverbindung zwischen den beiden Ländern wieder geöffnet worden. Auf die-



sem Weg konnte das IKRK die Krankenhäuser, in denen entsandte Mitarbeiter verschiedener Nationaler Gesellschaften tätig sind, mit medizinischem Material und Medikamenten versorgen.

KAMBODSCHA

Aufgrund der Ausweitung seiner Tätigkeiten in Kambodscha erhöhte das IKRK die Zahl der Delegierten im Land von 18 im Jahre 1990 auf 40 im Berichtsjahr. Dabei handelt es sich zur Hälfte um medizinisches Personal, das dem IKRK zum Teil von Nationalen Gesellschaften zur Verfügung gestellt worden war.

Tätigkeiten zugunsten der Gefangenen

Im September 1990 hatten die Behörden des Staates Kambodscha verlauten lassen, das IKRK

werde im Prinzip Zugang zu den im Zusammenhang mit der Lage im Land Inhaftierten erhalten. Im Oktober 1991 wurden kurz vor der Unterzeichnung der Pariser Abkommen und ohne vorhergehende Benachrichtigung des IKRK mehr als 1 000 Gefangene (laut Angaben der Behörden), die im Zusammenhang mit dem Konflikt in Kambodscha festgehalten worden waren, freigelassen. Die Delegierten des IKRK in Phnom Penh versuchten umgehend, im Außenministerium die Liste der freigelassenen Gefangenen zu erhalten. Sie brachten unmissverständlich ihren Wunsch zum Ausdruck, unverzüglich alle Gefangenen zu besuchen, insbesondere jene, deren Freilassung kurz bevorstand. Ende 1991 hatten sie die erbetene Liste noch nicht erhalten und die Frage der Besuche von Inhaftierten, die unter das Mandat des IKRK fallen, war immer noch Gegenstand von Verhandlungen.

Aktion zugunsten der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung

Das IKRK, eine der ersten humanitären Organisationen, die die Erlaubnis erhalten hatten, im Konfliktgebiet im Nordwesten des Landes ihre Tätigkeit zu entfalten, befasste sich mit der Frage des Schutzes der ortsansässigen Bevölkerung wie auch der Vertriebenen. Die Delegierten des IKRK prüften insbesondere die Lebensbedingungen, die die Khmer bei ihrer Rückkehr aus den thailändischen Lagern sowie die Vertriebenen innerhalb Kambodschas, die aus den Provinzen Banteay Meanchey und Battambang stammten und dorthin zurückkehren möchten, vorfinden würden. Sie lenkten die Aufmerksamkeit der Behörden und der zuständigen Organisationen auf die Hauptprobleme, die sie ausgemacht hatten, nämlich mit Landminen verseuchte Strassen und Anbauflächen, Banditenunwesen, Malaria sowie unzureichende medizinische und sanitäre Infrastrukturen.

In der Provinz Banteay Meanchey im Nordwesten des Landes konnte das IKRK in sieben Vertriebenenlagern in der Umgebung von Siso-phon einige 7 000 Familien erreichen (rund 22 000 Menschen). In diesen Lagern hatte es bei der Einrichtung von drei Behandlungszentren, die von den Lagerbehörden betrieben werden, und von einfachen sanitären Einrichtungen (Latrinen, Aushub von Brunnen) mit anderen humanitären Organisationen zusammengearbei-

tet. Es wurden ferner Impfkampagnen und Lagebeurteilungen durchgeführt, bei denen der Ernährungszustand der ortsansässigen und der vertriebenen Bevölkerung überprüft wurde. Viele der vom Konflikt betroffenen Zivilisten blieben jedoch wegen der nur beschränkt benutzbaren oder verminten Verkehrswege und der ungenügenden Sicherheitsbedingungen ausserhalb der Reichweite des IKRK.

Im August konnte das IKRK-Team, das in Kampot im Südwesten des Landes stationiert ist, erstmals vier Vertriebenenlager im Distrikt Kompong Trak besuchen. Diese Menschen hatten ihre Dörfer angesichts der Verminderung des Ackerlandes und der prekären Sicherheitsbedingungen verlassen.

Ferner leistete das IKRK dem örtlichen Roten Kreuz sowie der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften bei ihren Hilfsaktionen zugunsten von mehreren hunderttausend Opfern von Überschwemmungen in den Provinzen Kompong Speu, Takeo und Kandal im Südwesten des Landes logistische, technische und materielle Hilfe.

Suchdienst

Die Tätigkeiten des Suchdienstes, die 1989 aufgenommen worden waren, entwickelten sich in erfreulicher Weise, indem das Personal der Provinzzweigstellen des einheimischen Roten Kreuzes (das vom IKRK ausgebildet wurde) einen zunehmenden Anteil der Suche nach Vermissten und der Übermittlung von Familienbotschaften ausserhalb der Hauptstadt übernahm. 1991 konnten mehr als 7 000 Suchanträge (gegenüber 5 500 im Jahre 1990) bearbeitet und 4 000 (gegenüber 4 300) gelöst werden, was einem Erfolgsanteil von 66% entspricht. Unter der Schirmherrschaft des IKRK konnten acht Zusammenführungen von khmerischen Familien (7 in Frankreich und eine in der Schweiz) durchgeführt werden. Im September veranstaltete der Zentrale Suchdienst in Phnom Penh sein zweites Suchdienstseminar für 32 einheimische Angestellte verschiedener Zweigstellen des örtlichen Roten Kreuzes. Das erste hatte 1990 stattgefunden.

Medizinische Tätigkeit

Das IKRK baute seine verschiedenen Hilfsprogramme in Kambodscha weiter aus und verbes-

serte seine medizinische Verwaltung durch die Einführung neuer logistischer Einrichtungen, darunter die Verwaltung eines unabhängigen Vorratslagers in Phnom Penh.

Zudem gewährte das IKRK drei medizinischen Teams des Australischen, Schwedischen und Schweizerischen Roten Kreuzes in den Provinzkrankenhäusern von Kompong Speu, Kompong Chhnang und Takeo logistische und administrative Unterstützung. Es trug auch zur Kampagne des Französischen Roten Kreuzes zur Bekämpfung der Tuberkulose bei, indem es diesem ab Juni einen Facharzt für diese Krankheit zur Verfügung stellte, der die Ergebnisse auswertete und das Projekt erneut ankurbelte.

Wie im vergangenen Jahr organisierte das IKRK in den Räumlichkeiten der Medizinischen Fakultät in Phnom Penh ein Seminar in Kriegschirurgie, dem khmerische Chirurgen aus der Hauptstadt und aus den Provinzen beiwohnten. In der Provinz Pursat organisierte das IKRK Erste-Hilfe-Kurse für Zivilisten, Angehörige der Polizei und Militärangehörige.

Krankenhäuser

Infolge der Zusammenstöße in der Provinz Kampot und im Nordwesten des Landes nahm die medizinische Tätigkeit im ersten Vierteljahr 1991 stark zu. In dieser Zeit waren die Krankenhäuser in Pursat, Kampot und Mongkol Borei bis zur äussersten Grenze ihrer Kapazität ausgelastet, und in Mongkol Borei wurde das Personal durch ein chirurgisches Team verstärkt. Während des zweiten Vierteljahres ermöglichte es das nach dem Waffenstillstand etwas geringere Arbeitsvolumen den Teams, sich auf eine Verstärkung der Infrastruktur zu konzentrieren (Ausbildung des einheimischen Personals, Ausbesserung und Neueinrichtung der Gebäude). Als gegen Jahresende Zivilisten in die Gebiete zurückkehrten, aus denen sie hatten fliehen müssen, nahm die Anzahl der Minenopfer zu. 1991 wurden in den drei Krankenhäusern, in denen das IKRK anwesend war, 1 389 Patienten aufgenommen und 2 263 chirurgische Eingriffe durchgeführt.

Blutbank

Aufgrund eines Abkommens mit dem Gesundheitsministerium förderte das IKRK die

Entfaltung der Tätigkeiten des nationalen Blutspendezentrums in Phnom Penh. Es sicherte zudem die Ausbildung des einheimischen Personals und organisierte Blutspendekampagnen in Rundfunk, Fernsehen und Presse. Ferner wurden in Militär-, Sekundar- und Berufsschulen Vorträge gehalten. Der Erfolg dieser Kampagne bewog das IKRK, diese Erfahrung auf die Provinzen auszudehnen.

Orthopädisches Programm

Eine Anfang des Jahres erstellte Studie des IKRK liess erkennen, dass die Bedürfnisse an Pflege und orthopädischem Material die Möglichkeiten der in Kambodscha auf diesem Gebiet bereits tätigen Organisationen bei weitem überstiegen. Am 2. Oktober unterzeichneten das Ministerium für Invalide und Soziale Aktion und das IKRK ein Hilfsabkommen für Kriegsamputierte. Die Institution hatte bereits aufgrund eines provisorischen Abkommens in Battambang eine orthopädische Werkstatt und in Phnom Penh eine Produktionsstätte für orthopädische Teile (hauptsächlich Knie und Füsse) eröffnet. Bis Ende 1991 hatte die Werkstatt in Battambang 210 Prothesen hergestellt und 209 Patienten ausgestattet. Zudem unterzeichneten das *American Friends Service Committee*, *Handicap International* und das IKRK ein Abkommen über die Vereinheitlichung orthopädischer Techniken mit dem Ziel, die Weiterbetreuung der Patienten durch jede dieser Organisationen zu ermöglichen. Das IKRK erhält auf diese Weise die Möglichkeit, beide Institutionen mit orthopädischen Teilen zu beliefern.

THAILAND

Am 23. Februar 1991 wurde die Regierung von Premierminister Chatichai Choonhavan durch einen unblutigen Staatsstreich gestürzt. Sobald es die Umstände zuliessen, nahmen die Delegierten im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten in Thailand, insbesondere den khmerischen Vertriebenenlagern, Fühlung mit der neuen Regierung auf. Sie erneuerten auch ihr Gesuch, die Gefangenen besuchen zu können, die unter das Mandat des IKRK fallen. Bis zum

Jahresende hatten sie noch keinen Zugang zu diesen Häftlingen erhalten.

Das Büro des IKRK in Kab Cherng wurde nach Surin und damit näher an die Lager im Norden verlegt. Der dazugehörige Erste-Hilfe-Posten wurde geschlossen, da die Anzahl der Patienten stark zurückgegangen war. Das Büro und die Ambulanzstation von Borai wurden weiter an die Südgrenze zu Kambodscha nach Trat verlegt.

Tätigkeiten für die vertriebene Bevölkerung

1991 gab die Lage in den Vertriebenenlagern nahe der kambodschanischen Grenze dem IKRK weiterhin Anlass zu grossen Sorgen. Eine Reihe schwerer innerer Zusammenstösse innerhalb der Lager, die das Vorhandensein von Waffen (auch Handgranaten) belegten, und Angriffe bewaffneter Banditen auf die Lager forderten mehrere Dutzend Tote und mehr als hundert Verwundete. Das IKRK evakuierte die schweren Fälle in sein Krankenhaus in Kao-I-Dang. Die Delegierten wiederholten ihre Demarchen bei den Behörden, um sie zu veranlassen, die Sicherheit der Lagerinsassen zu gewährleisten. Die Lage verbesserte sich gegen Ende des Jahres zusehends, als die königlich-thailändischen Streitkräfte, die *Displaced Persons Protection Unit* (DPPU)³ und die Faktionen entsprechende Massnahmen ergriffen.

Im April vertrieben heftige Kämpfe zwischen dem Demokratischen Kampuchea (KD) und Regierungstreitkräften in der Gegend von Pailin in Kambodscha 16 000 bis 18 000 Zivilisten über die Grenze südlich von Aranyaprathet nach Thailand; sie wurden in behelfsmässigen Lagern mitten im Dschungel untergebracht. Am 24. und 25. April konnten Delegierte eine ärztliche Lagebeurteilung vornehmen und diesen Menschen Nothilfe leisten. Rund zwanzig Kranke (meistens Kinder und Jugendliche) wurden mit ihren Eltern in das Krankenhaus der Basis K und ein Verwundeter in das Krankenhaus Khao-I-Dang evakuiert. Nachdem sich die Sicherheitsbedingungen gebessert hatten, konnten diese Zivilisten im Mai nach Kambodscha zurückkehren.

³ Spezialeinheit der thailändischen Streitkräfte, die mit der Sicherheit in den Khmerlagern beauftragt ist

Am 29. August wurden fünf Soldaten, die im Vorjahr in die Hände der FNLPK gefallen waren, in Thailand dem IKRK übergeben. In Kambodscha stationierte Delegierte nahmen sie beim Grenzübertritt in Poipet in Empfang und brachten sie zu den militärischen Behörden in Siphon.

Kurz vor der Unterzeichnung der Pariser Abkommen fanden Änderungen in der Lagerleitung in Basis 8 statt und Gerüchte, wonach eine erzwungene Heimschaffung nach Kambodscha kurz bevorstehe, lösten unter den Khmer wie auch in der internationalen Gemeinschaft grosse Unruhe aus. Das IKRK nahm mehr als 800 Schutzgesuche von Personen entgegen, die befürchteten zu verschwinden oder meinten, ihre Sicherheit könne nur durch eine Verlegung in das vom UNHCR verwaltete Lager Khao-I-Dang gewährleistet werden. Sonderorganisationen im Verband der Vereinten Nationen, nicht-staatliche Organisationen und das IKRK wurden umgehend bei den betreffenden Behörden vorstellig. Der Leiter der Delegation des IKRK in Thailand erörterte die Frage mit dem neuen Kommandierenden der DPPU; dieser hatte bereits nachdrücklich bei den verantwortlichen Khmer der Basis 8 protestiert und eine Verstärkung der Sicherheitsmassnahmen eingeleitet. Das IKRK erhielt keine Bewilligung, Personen nach Kao-I-Dang zu überstellen. Im November besserte sich die Lage.

Suchdienst

1991 wurden die Suchdiensttätigkeiten in den Vertriebenenlagern an der Grenze zu Kambodscha in Zusammenarbeit mit dem Thailändischen Roten Kreuz und dem Roten Kreuz in Phnom Penh weitergeführt; es wurden rund 4 800 Suchanträge bearbeitet und annähernd 1 500 Gesuchte ausfindig gemacht. Das IKRK setzte zudem seine Anstrengungen zur Wiedervereinigung getrennter Familien fort und verlegte 287 Personen von einem Lager in ein anderes. Das IKRK blieb auch weiterhin die einzige offizielle Möglichkeit für die Weiterleitung von Post zwischen den Lagern und ins Ausland. So wurden annähernd 19 000 Botschaften ausgetauscht, davon mehr als 6 500 mit Kambodscha.

In Zusammenarbeit mit dem Thailändischen Roten Kreuz hat sich das IKRK zudem einiger

vietnamesischer Flüchtlinge angenommen (226 neue Suchanträge, von denen 75 gelöst werden konnten).

Medizinische Tätigkeit

Im Grenzgebiet war das Krankenhaus des IKRK in Kao-I-Dang weiterhin die einzige Anstalt, die den khmerischen Einwohnern dieser Gegend mit chirurgischen Diensten zur Verfügung stand. Nach der Öffnung der Grenze und der Wiederbelebung des Marktes in Poipet um die Jahresmitte wurden zahlreiche Minenopfer aus Kambodscha eingeliefert, denn eine zunehmende Anzahl von Zivilisten hatte sich in diese Gegend begeben, obwohl die Entminungsarbeiten noch nicht begonnen hatten. Das Krankenhaus war insbesondere in den Monaten Februar und März sehr beschäftigt, als die Feindseligkeiten auf kambodschanischem Boden wieder aufflammten. Als im September die Zahl der Aufnahmen eindeutig abnahm, wurde beschlossen, von Januar 1992 an die Anzahl der chirurgischen Teams von drei auf zwei zu verringern. 1991 wurden 2 708 Patienten in das chirurgische Krankenhaus aufgenommen, darunter 685 Kriegsverwundete, und 4 578 Eingriffe durchgeführt.

Der Ambulanzdienst des IKRK mit seinen 12 Ambulanzen in Aranyaprathet, Surin und Trat evakuierte monatlich mehr als 350 Patienten von der Grenze in das Krankenhaus des IKRK in Kao-I-Dang und in andere Krankenhäuser in Thailand.

Im März übernahmen vier qualifizierte thailändische Labortechniker den Betrieb der Blutbank in Kao-I-Dang. Dank der Blutspendeaktionen in den Lagern konnten monatlich 300 bis 600 Bluteinheiten gesammelt werden, die ausreichten, um den Bedarf der verschiedenen Krankenhäuser für die Verwundeten und kranken Khmer aus den Vertriebenenlagern zu befriedigen.

Grenze zu Myanmar

In Bangkok stationierte Delegierte führten auch Missionen an der Grenze zu Myanmar durch, um die Lage der vertriebenen Zivilisten (Birmanen und Karen) einzuschätzen, die vor den Zusammenstößen zwischen den Streitkräften Myanmars und aufständischen Karen geflüchtet waren.

PHILIPPINEN

1991 übergab das IKRK den grössten Teil seiner Hilfsprogramme an die Nationale Gesellschaft. Dies ermöglichte der Institution, ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Verletzungen des humanitären Völkerrechts zu richten und besonders gefährdeten Personengruppen Schutz und Hilfe zu leisten. Folglich konnte die Anzahl der nunmehr ausschliesslich in Manila stationierten Delegierten verringert und die Büros und Lager in Davao-City und Ozamis-City (Insel Mindanao) geschlossen werden.

Im Zusammenhang mit den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der NDF/NPA⁴ und den Regierungstreitkräften liess der Vizepräsident der NDF für Internationale Angelegenheiten, Luis Jalandoni, dem Präsidenten des IKRK eine vom 15. August 1991 datierte Absichtserklärung zukommen, die vom Präsidenten des Nationalrates dieser Bewegung, Manuel Romero, unterzeichnet war. In dieser Erklärung bekräftigt die NDF gegenüber dem IKRK ihre Bereitschaft, das humanitäre Völkerrecht und insbesondere den allen Genfer Abkommen gemeinsamen Artikel 3 sowie das Zusatzprotokoll II von 1977 zu achten.

1991 ereigneten sich drei schwere Naturkatastrophen (darunter der Ausbruch des Vulkans Pinatubo im Juni, der mehr als eine Million Menschen in Mitleidenschaft zog), die grossangelegte Nothilfsaktionen erforderlich machten. Bis zum Eintreffen der internationalen Hilfe liess das IKRK dem Philippinischen Roten Kreuz eine bescheidene Unterstützung zukommen.

Tätigkeiten zugunsten der Zivilbevölkerung

Im Rahmen ihrer Tätigkeiten im Feld registrierten die Delegierten systematisch alle Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht, von denen sie Kenntnis erhielten. Diese Fälle wurden in zwei ausführlichen Berichten festgehalten, die für Präsidentin Cory Aquino und die NDF/NPA bestimmt waren.

Tätigkeiten zugunsten der Inhaftierten

Wie in der Vergangenheit besuchten die Delegierten in Manila und in den Provinzen die

⁴ National Democratic Front/New People's Army

Sicherheitshäftlinge (einschliesslich die im Zusammenhang mit dem Staatsstreich vom Dezember 1990 Inhaftierten). 1991 sahen die Delegierten landesweit bei 224 Besuchen 1 288 Häftlinge in 176 Haftstätten, wo sie medizinische und andere Hilfsgüter verteilten.

Gemeinsam mit dem Philippinischen Roten Kreuz organisierte das IKRK weiterhin Besuche von mittellosen Familien bei ihren inhaftierten Angehörigen. 1991 kam dieses vom IKRK finanzierte Programm mehr als 300 Häftlingen zugute.

Suchdienst

Die Tätigkeiten des Suchdienstes betrafen hauptsächlich die Häftlinge. Wie in der Vergangenheit hatten diese die Möglichkeit, sich mit Gesuchen um materielle, finanzielle, rechtliche oder sonstige Hilfe an den Suchdienst zu wenden. Dieser stellte den Austausch der Rotkreuzbotschaften sicher und bearbeitete die Suchanträge nach Personen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen im In- oder Ausland verschwunden waren. Ein Teil der Suchanträge betraf Personen, die sich während des Konflikts am Golf in Kuwait, Saudi-Arabien oder im Irak aufhielten.

Für seine Tätigkeiten zugunsten der vietnamesischen «*Boat People*»⁵ gewährte das IKRK dem Suchdienst des Philippinischen Roten Kreuzes weiterhin finanzielle und technische Unterstützung. Insgesamt war im Vergleich zum vergangenen Jahr ein leichter Rückgang der Suchdiensttätigkeiten zu verzeichnen. So wurden 630 500 Botschaften ausgetauscht (gegenüber rund 750 000 im Jahr 1990), 6 900 Suchanträge bearbeitet (8 500) und 2 000 Fälle gelöst (rund 3 900).

Gemeinsames Hilfsprogramm

Die Feindseligkeiten verursachten besonders auf Luzon und Mindanao weiterhin zahlreiche kurzfristige Bewegungen kleinerer Bevölkerungsgruppen. Durch das gemeinsame Hilfsprogramm des IKRK und des Philippinischen Roten Kreuzes,

⁵ Post- und Suchdienst («Tracing & Mailing, Services» TMS) der Nationalen Gesellschaften Indonesiens, Malaysias, der Philippinen, Thailands sowie der Zweigstelle des Britischen Roten Kreuzes in Hongkong

zes, das den grösseren Teil der Arbeit bewältigte, konnten 1991 rund 140 Tonnen Nahrungsmittelhilfe und sonstige Hilfsgüter an 42 000 von den Kämpfen betroffene Personen verteilt werden. Diese Zahlen sind etwas geringer als 1990, da die vor Ort anwesenden staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen allmählich den festgestellten Bedürfnissen angepasste eigene Hilfsprogramme durchzuführen begannen.

Medizinische Tätigkeiten

Das vom IKRK überwachte und finanzierte medizinische und Nahrungsmittelhilfsprogramm des Philippinischen Roten Kreuzes zugunsten der im Zusammenhang mit den Ereignissen vertriebenen Zivilisten wurde weitergeführt. Die Krankenpfleger der regionalen Katastrophenhilfsteams (*Regional Disaster Action Teams*) der Nationalen Gesellschaft besuchten in Rahmen dieses Programms allein oder gemeinsam mit den Delegierten des IKRK verwundete und kranke Zivilisten, die in den örtlichen Krankenhäusern gepflegt wurden. Sie veranlassten auch ihre Evakuierung, wenn die Gesundheitsbehörden nicht in der Lage waren, die angezeigte Behandlung sicherzustellen. Diese Teams übernahmen im Lauf des Jahres allmählich die Aufgaben der Krankenschwestern des IKRK.

SRI LANKA

Zum Zeitpunkt der Eröffnung seiner Delegation in Colombo im Oktober 1989 und während des ganzen Jahres 1990 stand der Schutz der im Zentrum und im Süden der Insel inhaftierten angeblichen Anhänger der *Janatha Vimukti Peramuna* (JVP) im Mittelpunkt der Tätigkeiten des IKRK. Wegen der nach wie vor besorgniserregenden Folgen der Niederschlagung des Aufstands der JVP — der 1989 seinen Höhepunkt erreicht hatte — musste diese Tätigkeit auch 1991 fortgeführt werden.

Zudem lösten zwei im März bzw. Juni 1991 in Colombo verübte Anschläge eine Verhaftungswelle unter der tamilischen Bevölkerung in Colombo aus.

Was den Konflikt im Norden und Osten der Insel angeht, so rief die Bewegung der Befrei-

ungstiger von Tamil Eelam (LTTE) im Januar 1991 einen einseitigen Waffenstillstand aus, worauf die Regierung in Colombo ihre militärischen Operationen einstellte. Der Waffenstillstand war jedoch von kurzer Dauer. Die erneute Zunahme der Spannungen und Gewalttätigkeiten im Nordosten des Landes zog die Zivilbevölkerung ernsthaft in Mitleidenschaft und löste grosse Bevölkerungsbewegungen aus. So strömten im April innerhalb von weniger als einer Woche rund 100 000 Menschen nach Jaffna.

Im Juli versuchte die LTTE das Militärlager am Elephant-Pass zu erobern. Die Kämpfe um diesen strategisch wichtigen Punkt, der die Halbinsel Jaffna mit dem übrigen Land verbindet, dauerte drei Wochen. Am 23. Oktober eroberten die srilankischen Streitkräfte die im Südwesten von Jaffna liegenden Inseln sowie die letzte offene Landverbindung über Pooneryn nach Jaffna. Dadurch wurden die 800 000 Bewohner der Halbinsel vom Rest der Insel abgeschnitten.

Angesichts dieser Lage sah sich das IKRK gezwungen, seine Aktivitäten im Norden und Osten des Landes auszudehnen. So verstärkte es insbesondere seine Schutz- und Hilfstätigkeiten zugunsten der Gefangenen und Vertriebenen sowie der Zivilbevölkerung in den von den Kämpfen heimgesuchten Gebieten und sorgte für die Beförderung der dringend benötigten Nothilfegüter und Nahrungsmittel.

Die offenen und ständigen Beziehungen zu den srilankischen Behörden ermöglichten es den Delegierten, bei den Streitkräften Verbreitungstätigkeiten zu entfalten (*siehe auch Kapitel «Verbreitungstätigkeit in Asien und in der Region des Pazifik»*).

Neben einer Delegation in Colombo unterhält das IKRK in Sri Lanka Unterdelegationen in Batticaloa, Colombo-Süd, Jaffna und Kandy, sowie Büros in Ampara, Anuradhapura, Mannar, Matara und Vavuniya, das im letzten Quartal des vergangenen Jahres eröffnet wurde.

Tätigkeiten zugunsten der Inhaftierten

Da die Ausnahme Gesetze, die die Regierung nach dem Aufstand der JVP erlassen hatte (*«Emergency Regulations»* und *«Prevention of Terrorism Act»*), 1991 weiterhin in Kraft waren, betraf die Haupttätigkeit des IKRK im Süden des Landes den Schutz der aufgrund dieser Gesetze verhafteten und festgehaltenen Perso-

nen, die von den Delegierten besucht wurden. Im Norden und Osten des Landes hatten die Delegierten gemäss dem Mandat des IKRK Zugang zu allen Häftlingen, die im Zusammenhang mit den Aktivitäten der LTTE inhaftiert worden waren. Hingegen konnten sie nicht alle von der LTTE festgehaltenen Personen besuchen. Ihre Demarchen zur Erwirkung des Zugangs zu allen Gefangenen blieben erfolglos.

1991 sahen die Delegierten bei 3 500 Besuchen in 550 Haftstätten, die den zivilen oder militärischen Behörden unterstanden, über 10 000 Sicherheitshäftlinge, unter denen sie mehr als 5 000 neu registrierten. Im gleichen Zeitraum sahen sie bei 12 Besuchen 40 Angehörige der srilankischen Polizei und einen srilankischen Soldaten, die sich in der Hand der LTTE befanden. Seit dem Beginn seiner Tätigkeiten in Sri Lanka registrierte das IKRK 26 500 Gefangene, die von den srilankischen Behörden festgehalten wurden, sowie 58 Angehörige der Polizei und einen Soldaten, die sich in der Hand der LTTE befanden.

Die seit Ende 1990 bestehende neue Struktur des IKRK, die im Hinblick auf eine Verstärkung der Tätigkeiten zugunsten der Gefangenen eingeführt wurde, ermöglichte landesweit die Verkürzung der Zeitabstände zwischen den Besuchen. Ferner wurden während des ganzen Jahres auf allen Ebenen der Behörden systematisch Demarchen unternommen. Dies bewirkte, dass der Zugang zu den Häftlingen im Laufe des Jahres in bemerkenswerter Weise erleichtert wurde. Zudem hatten die Delegierten bei ihrer Arbeit nunmehr weniger Hindernisse zu überwinden und trafen bei ihren Gesprächspartnern auf mehr Verständnis für ihre Anliegen. Ende 1991 wurden zwei behördliche Institutionen — die «Präsidentielle Untersuchungskommission» und die *«Human Rights Task Force»* ins Leben gerufen. Erstere wurde mit der Nachforschung nach Vermissten, letztere mit der Untersuchung der Haftbedingungen betraut.

Trotz der Anstrengungen der Regierung, den Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht Einhalt zu gebieten, mit dem IKRK zusammenzuarbeiten und ihm den Zugang zu allen Häftlingen und deren Registrierung zu ermöglichen, blieben Behauptungen, denen zufolge Menschen nach ihrer Verhaftung verschwand, sowie Berichte über Misshandlungen während des ganzen Jahres eine grosse Sorge für die Institution.

Suchdienst

Aufgrund der grossen Zahl von Häftlingsbesuchen und Registrierungen war Sri Lanka im vergangenen Jahr das Land in Asien, in dem der Zentrale Suchdienst des IKRK das grösste Arbeitsvolumen verzeichnete. Der Suchdienst (dessen Funktion mittlerweile in der Bevölkerung gut bekannt ist) unterbreitete die Suchanträge über mutmasslich verschwundene Personen erst den örtlichen Behörden und anschliessend den zentralen Behörden in Colombo. Die Einführung eines elektronischen Datenverarbeitungsnetzes erlaubte es, die Arbeit zu rationalisieren und die Bearbeitung der Anträge zu beschleunigen. Letzteres ist insbesondere im Zusammenhang mit den Auskünften von grosser Bedeutung, die dem Suchdienst unmittelbar nach den Verhaftungen zukommen und die nunmehr umgehend ausgewertet werden konnten.

Mehr als 9 400 der bearbeiteten Suchanträge betrafen Personen, die aufgrund der Lage im Süden des Landes gefangen genommen wurden oder verschwanden. Die Zahl der im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nordosten bearbeiteten Anträge belief sich auf rund 8 000. Insgesamt konnten 730 Fälle aus dem Süden und 2 500 Fälle aus dem Nordosten geklärt werden. Die Mehrzahl der über 7 000 Familienbotschaften, die zwischen getrennten Familien ausgetauscht wurden, stammte aus dem Nordosten des Landes, wo die Postdienste ausgefallen waren.

Im Rahmen von Familienzusammenführungen leistete das IKRK unbegleiteten Kindern und alten Menschen während ihrer Reise von Colombo nach Jaffna weiterhin Schutz.

Medizinische Tätigkeiten

Das allgemeine Krankenhaus der Universität Jaffna (*Jaffna Teaching Hospital*) befand sich weiterhin unter dem Schutz des IKRK, das vom Gesundheitsministerium zur Verfügung gestelltes medizinisches Material und Medikamente unter seinem Schutzzeichen beförderte. Der Transport erfolgte hauptsächlich auf dem Seeweg von Colombo nach Point Pedro, wobei der Nachschub an medizinischen Hilfsgütern durch die Notlager in Colombo und Jaffna gewährleistet wurde.

Im Juli forderte eine gegen das Lager der sri-lankischen Streitkräfte am Elephant-Pass gerichtete

Grossoffensive der LTTE zahlreiche Verwundete, unter denen rund hundert in das Krankenhaus von Jaffna evakuiert werden konnten. Dank seiner in dieser Stadt gelagerten Notvorräte konnte das IKRK das Krankenhaus in Jaffna trotz der militärischen Operationen und des darauf verhängten Ausgehverbots versorgen.

Während des ganzen Jahres spielte das IKRK bei der Evakuierung von Patienten von der Halbinsel Jaffna in die verschiedenen Krankenhäuser der Insel eine wichtige Rolle als neutraler Vermittler zwischen den Konfliktparteien. So beförderte es unter seinem Schutzzeichen auf dem Seeweg — hauptsächlich von Point Pedro nach Colombo — mehr als 1 200 Patienten, die das Krankenhaus in Jaffna nicht aufnehmen konnte, entweder weil letzteres nicht in der Lage war, alle Fälle sachgerecht zu behandeln, oder weil es während gewisser Zeitabschnitte dem Zustrom von Verwundeten nicht gewachsen war.

Das IKRK unterstützte weiterhin das Srilankische Rote Kreuz im Norden und Osten, indem es dessen mobile Gesundheitsdienste begleitete und sich an den Hilfsprogrammen für Vertriebene beteiligte. Es unterstützte ausserdem verschiedene staatliche medizinische Einrichtungen, indem es dem Gesundheitsministerium half, medizinische Hilfsgütersendungen an Orte zu bringen, die mit gewöhnlichen Transportmitteln nicht erreichbar waren.

Hilfe für die Zivilbevölkerung

Infolge der verstärkten militärischen Operationen im April und Mai in verschiedenen Regionen des Landes, insbesondere auf den Inseln Kayts und Punkudativu (westlich von Jaffna) flüchteten in weniger als einer Woche über 100 000 Menschen auf die Halbinsel Jaffna. In Zusammenarbeit mit dem Srilankischen Roten Kreuz unterstützte das IKRK die Lokalbehörden bei ihrer Aufnahme. Aufgrund der Ausgangssperre, die nach der Offensive am Elephant-Pass verhängt wurde, war es dem IKRK im Juli während mehreren Wochen weder auf dem Land- noch auf dem Seeweg möglich, Nahrungsmittel auf die Halbinsel zu befördern. Die am 23. Oktober gegen die Inseln im Südwesten und auf Pooneryn gerichtete Offensive unterbrach ausserdem alle Zufahrtsstrassen zur Halbinsel Jaffna, womit praktisch eine Million Menschen

vom Rest der Insel abgeschnitten und die Sicherheitsbedingungen weiter verschlechtert wurden.

Da der öffentliche Verkehr und die Gütertransporte in den nördlichen Landesteilen sowie nach dem Landesinneren seit dem Vorjahr unterbrochen waren, führte das IKRK seine Aktion als neutraler Vermittler weiter, indem es Strassenkonvois und Schiffe mit Hilfsgütern der Regierung und nichtstaatlicher Organisationen für die Versorgung der Zivilbevölkerung unter seinen Schutz stellte. Auf diese Weise beförderte das IKRK 1991 auf dem Land- und Seeweg mehr als 79 000 Tonnen Nahrungsmittelhilfe und mehr als 15 000 Tonnen sonstige Hilfsgüter.

In enger Zusammenarbeit mit dem Srilankischen Roten Kreuz unterstützte das IKRK be-

sonders mittellose Familien von Vertriebenen, indem es den Kauf und die Errichtung traditioneller Unterkünfte, die ihnen vorübergehend Schutz boten, mitfinanzierte und je nach Bedarf Hilfspakete mit Nahrungsmitteln und Kleidung verteilte. Diese Hilfe belief sich auf rund eine Million Schweizer Franken.

Das IKRK wurde ferner bei den Behörden vorstellig, um sicherzustellen, dass der ins Kreuzfeuer der Gefechte geratenen Bevölkerung der Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischen Einrichtungen sowie zu den Arbeitsplätzen gewährt wurde. Ausserdem beförderten die Delegierten unter dem Schutz des Rotkreuzzeichens weiterhin Postsäcke der offiziellen Postdienste zwischen Colombo, Jaffna und verschiedenen Ortschaften im Norden des Landes.

REGIONALDELEGATIONEN

DJAKARTA: (Brunei, Indonesien, Malaysia, Singapur)

INDONESIEN — 1991 besuchte das IKRK in 11 Haftstätten 33 Sicherheitshäftlinge (Kategorie ex-G30S/PKI), die im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 30. September 1965 inhaftiert worden waren. Ausserdem erhielt es in 12 Gefängnissen Zugang zu 156 Personen, die einer neuen Kategorie von Häftlingen angehören («Ekstrim Kanaan», rechtsextremistische Muslime). Die Delegierten verteilten je nach Bedarf medizinische und materielle Hilfe. Sie kamen zudem für die Reisekosten von mittellosen Familien auf, um ihnen den Besuch inhaftierter Angehöriger zu ermöglichen.

Das IKRK setzte 1991 seine Bemühungen fort, um Zugang zu allen Kategorien von Sicherheitshäftlingen zu erhalten. Mitte Juni erhielt es die Erlaubnis zum Besuch von Gefangenen in Aceh (eine Provinz im äussersten Norden Sumatras), wo seit 1989 Unruhen gemeldet werden. Die erste Besuchsreihe in den Gefängnissen dieser Provinz fand vom 5. bis 17. Juli statt, während die zweite nach mehrmaliger Verschiebung schliesslich im Dezember durchgeführt werden konnte. Insgesamt fanden 6 Besuche statt, bei denen 78 Häftlinge in vier Gefängnissen und einem Militärlager der Provinz gesehen wurden. Das IKRK suchte bei der Regierung um die Erlaubnis nach, in Aceh ein Büro zu eröffnen, doch

hatte es bis Ende 1991 in dieser Hinsicht noch keine endgültige Antwort erhalten.

Das IKRK gewährte dem Indonesischen Roten Kreuz weiterhin finanzielle und technische Unterstützung für seine Tätigkeiten, die es im Rahmen des vom Zentralen Suchdienst des IKRK am Genfer Hauptsitz koordinierten «Post- und Suchdienstes» zugunsten der vietnamesischen «*Boat People*» durchführt.

Irian Jaya — 1991 besuchte das IKRK 128 irianische Sicherheitshäftlinge, die in 8 Gefängnissen und Haftzentren in Irian Jaya und auf Java inhaftiert waren. Die Delegierten verteilten medizinische und materielle Hilfe. Ferner erhielten die Familien der in Kalisosok (Java) befindlichen Häftlinge finanzielle Unterstützung, was ihnen den Besuch ihrer in 3 000 km Entfernung inhaftierten Angehörigen ermöglichte.

Im Verlaufe mehrerer Missionen in der ganzen Provinz registrierten die Delegierten des IKRK rund 400 Personen, die aus Papua-Neuguinea, wo sie Zuflucht gefunden hatten, nach Irian Jaya zurückgekehrt waren, und leisteten ihnen eine bescheidene materielle Unterstützung. Die Delegierten besuchten zudem rund 600 Personen, die sie bei deren Rückkehr aus Papua-Neuguinea bereits registriert hatten. Das IKRK übermittelte mehr als 200 Botschaften zwischen getrennten Familien aus Irian Jaya

bzw. Papua-Neuguinea. Unter den Personen, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, befanden sich auch irianische Häftlinge auf Java.

OST-TIMOR — Ein Delegierter und eine Krankenschwester, die seit März 1989 ständig in Dili stationiert waren, besuchten weiterhin Sicherheitshäftlinge und freigelassene Häftlinge.

Am 12. November wurden Zivilisten, die sich im Friedhof Santa Cruz in Dili versammelt hatten, von indonesischen Sicherheitskräften gewaltsam auseinandergetrieben. Dabei gab es zahlreiche Tote und Verwundete. In seinem Pressekommuniqué vom 13. November brachte das IKRK seine Bestürzung über dieses Ereignis zum Ausdruck und nahm unverzüglich Kontakt mit den Behörden auf, um ihre Einwilligung zum Besuch der Verwundeten im Militärkrankenhaus von Dili und der Personen zu erhalten, die bei diesem Vorfall verhaftet worden waren. Ausserdem richtete es im Zusammenhang mit diesem Gesuch zwei Verbalnoten an die Regierung, die beide sowohl an das Aussenministerium als auch an die Ständige Vertretung Indonesiens in Genf gingen. Die erste Note wurde am 14. November, die zweite am 21. November überreicht. Am 22. November erhielt das IKRK die Erlaubnis, 88 Patienten im Krankenhaus zu besuchen und mit ihnen Gespräche ohne Zeugen zu führen. Ein Arzt hatte Gelegenheit, die Patienten zu untersuchen und sich ein Urteil über die Pflege zu bilden, die ihnen zuteil wurde. Die Delegierten registrierten zudem 43 Häftlinge im Polizeiposten von Dili und konnten bei einem späteren Besuch Gespräche ohne Zeugen mit ihnen führen. Während der Schiesserei hatten dreissig Zivilisten in der Delegation des IKRK in Dili Zuflucht gesucht. Der militärische Befehlshaber von Timor gab den Delegierten die Zusicherung, dass das Schutzzeichen des Roten Kreuzes geachtet würde. Einige Tage später konnten alle diese Personen nach Hause zurückkehren.

Nach den Ereignissen im November führten die Delegierten mehrere Missionen in anderen Regionen der Insel durch (Bacau, Los Palos, Viqueque, Ossu, Fatumara und Fuiloro), wo sie mit Vertretern der Streitkräfte, der Kirche und der Zivilbevölkerung zusammentrafen, um sich zu vergewissern, dass die Zwischenfälle in der Region keine schwerwiegenden Folgen zeitigt hatten.

Die Delegierten bearbeiteten ferner 170 Nachfragen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Dili. Zudem führte der Suchdienst eine 15köpfige Familie mit Angehörigen in Portugal zusammen. Er nahm 35 Suchanträge entgegen und tauschte 320 Rotkreuzbotschaften aus.

Am 10. Dezember empfing Cornelio Sommaruga, Präsident des IKRK, den Botschafter und Ständigen Vertreter Indonesiens bei den Vereinten Nationen in Genf, Soemadi D.M. Brotodiningrat, und überreichte ihm eine weitere Verbalnote zu den Ereignissen vom 12. November.

Ende 1991 wurde in Ost-Timor die erste Phase des laufenden Sanierungsprogramms (Fassung, Zuleitung und Verteilung von Trinkwasser in rund zwanzig Dörfern) erfolgreich abgeschlossen. Das Programm, das in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium durchgeführt wurde, war zur Vorbeugung von Krankheiten und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit in abgelegenen Gebieten in die Wege geleitet worden.

MALAYSIA — Seit 1988 und trotz wiederholter Demarchen bei den Behörden hatte das IKRK keine Erlaubnis mehr erhalten, die in Anwendung des «*Internal Security Act*» inhaftierten Personen zu besuchen.

HANOI: (Laos, Vietnam)

LAOS — Am Anfang des Jahres traf der Regionaldelegierte anlässlich einer Mission in Vientiane erstmals mit dem Aussenminister zusammen. Bei dieser Unterredung ersuchte er namentlich um die Genehmigung des Zugangs zu den Sicherheitshäftlingen sowie der Entfaltung von Suchdienst- und Verbreitungstätigkeiten.

VIETNAM — Am 29. August wurden die letzten 23 noch verbliebenen vietnamesischen Kriegsgefangenen von der Volksrepublik China freigelassen (siehe auch Kapitel «China»).

Am 28. Januar wurde der Ständige Vertreter Vietnams bei den Vereinten Nationen in Genf, Nguyen Luong, von Cornelio Sommaruga, Präsident des IKRK, empfangen. Am 6. Februar traf Vize-Premierminister Nguyen Khan in Begleitung von Nguyen Luong mit dem Direktor

des IKRK für operationelle Einsätze zusammen. Im Laufe der Unterredung wurde insbesondere die Frage der Besuche von Sicherheitshäftlingen erörtert. Beim zweiten Gespräch bestätigte Nguyen Khan die von den Behörden 1990 in diesem Zusammenhang erteilte grundsätzliche Genehmigung. Bis Ende 1991 konnten jedoch noch keine Besuche durchgeführt werden.

Eine Delegierte des Suchdienstes leistete dem Vietnamesischen Roten Kreuz bei der Entfaltung seiner Suchdiensttätigkeiten in Hanoi und in den Provinzen technische und materielle Hilfe. Sie übernahm auch die Ausbildung der Mitarbeiter der Nationalen Gesellschaft.

Das orthopädische Programm wurde im Einklang mit dem zwischen dem Ministerium für Arbeit, Behinderte und Soziale Angelegenheiten und dem IKRK unterzeichneten Abkommen zur Zusammenarbeit weitergeführt. Die Institution schloss in Ho-Chi-Minh-Stadt die Arbeiten zur Einrichtung einer Produktionseinheit für orthopädische Teile ab, die die Bedürfnisse der vier regierungseigenen Zentren in Südvietnam decken wird. Infolge unterschiedlicher Auffassungen über die Rolle des IKRK und die Empfänger seiner Hilfe drosselte die Institution ihre Tätigkeit im Laufe des Jahres. Im September ersuchte der zuständige Minister in einem offiziellen schriftlichen Gesuch das IKRK jedoch um die Weiterführung seiner Hilfe, insbesondere im Bereich der Herstellung von orthopädischen Teilen (Füße, Oberschenkel und Schienbeine), der Ausrüstung der Amputierten und der technischen Weiterbildung der vietnamesischen Orthopädietechniker. Die vietnamesischen Behörden unterbreiteten Vorschläge im Hinblick auf die unentgeltliche Erteilung von orthopädischen Hilfeleistungen zugunsten der ärmsten vietnamesischen Amputierten.

HONGKONG: (China [Festland und Taiwan], Hongkong, Macao, Japan, Republik Korea, Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei)

CHINA — In Anwesenheit der Militärbehörden und der Vertreter der Nationalen Rotkreuzgesellschaften beider Länder sowie der Leiter der Delegationen des IKRK in Hongkong und Hanoi wurden am 29. August die letzten von der Volksrepublik China festgehaltenen 23 vietnamesischen Kriegsgefangenen repatriert. Das

IKRK hatte diese Gefangenen, die im Berichtsjahr mit ihren Angehörigen in Vietnam 80 Familienbotschaften austauschen konnten, im April in drei Haftstätten besucht.

Am 26. April wurde der Generalsekretär des Chinesischen Roten Kreuzes vom Präsidenten des IKRK, Cornelio Sommaruga, am Hauptsitz in Genf empfangen. Während dieser Unterredung wurde insbesondere die Frage der von den Behörden Taipehs vorgenommenen Heim-schaffung der illegal vom chinesischen Festland nach Taiwan eingereisten Personen erörtert.

Der Regionaldelegierte führte mehrere Missionen auf dem chinesischen Festland und in Taiwan durch. Die oben erwähnte Frage wurde mit Vertretern mehrerer Ministerien sowie mit dem Chinesischen Roten Kreuz und dem Roten Kreuz in Taipeh besprochen.

Während einer Mission im Dezember in Tibet traf der Regionaldelegierte mit Vertretern des örtlichen Roten Kreuzes zusammen.

Der Generaldelegierte für Asien und den Pazifik weilte vom 23. bis 28. Oktober in Beijing, wo er mit Vertretern des Aussen- und Gesundheitsministeriums, des Politischen Departements der Volksstreitkräfte sowie des Chinesischen Roten Kreuzes Gespräche führte.

Das Chinesische Rote Kreuz und das Rote Kreuz in Taipeh, die offizielle Beziehungen aufgenommen hatten, bearbeiteten seit Dezember 1990 Suchanträge, ohne den Suchdienst des IKRK in Hongkong einzuschalten. Das IKRK unterstützte die beiden Suchdienste jedoch weiterhin in technischen Belangen und führte die Ausbildung ihres Personals auf diesem Arbeitsgebiet weiter.

HONGKONG — Für ihre Tätigkeiten, die sie im Rahmen des vom Zentralen Suchdienst am Genfer Hauptsitz koordinierten «Post- und Suchdienstes» zugunsten der vietnamesischen «Boat-People» durchführt, gewährte das IKRK der Zweigstelle des Britischen Roten Kreuzes in Hongkong weiterhin technische und finanzielle Unterstützung.

NEU-DELHI: (Bangladesh, Bhutan, Indien, Malediven, Myanmar, Nepal)

1991 führte der Regionaldelegierte mehrere Missionen in den Ländern durch, die zum Zuständigkeitsbereich seiner Delegation gehören,

um die Beziehungen zu seinen verschiedenen Gesprächspartnern zu pflegen.

INDIEN — Besorgt über die Lage, die während des letzten Quartals des vergangenen Jahres im Staat Jammu/Kaschmir herrschte, bot das IKRK der indischen Regierung am 15. Oktober formell seine guten Dienste an, um die im Zusammenhang mit den Unruhen verhafteten Personen besuchen zu können. Bis zum Jahresende war keine schriftliche Antwort eingetroffen.

Im Verlauf mehrerer Missionen im Staat Tamil Nadu ermittelten die Delegierten die Lage der mehr als 100 000 srilankischen Flüchtlinge. Sie bearbeiteten Suchanträge und tauschten Familienbotschaften mit den Angehörigen aus, die in Sri Lanka verblieben waren.

MYANMAR — Im Oktober weilte der Generaldelegierte des IKRK für Asien und den Pazifik in Yangoon, wo er mit Vertretern des *State Law and Order Restoration Council (SLORC)* die Gespräche über die Frage der Besuche der Sicherheitshäftlinge fortsetzte. Auch der Regionaldelegierte führte in diesem Zusammenhang eine Reihe von Missionen in Myanmar durch, die jedoch keinen Erfolg zeigten.

Das zwischen den Ministerien für Gesundheit und Verteidigung, der Nationalen Gesellschaft und dem IKRK unterzeichnete Abkommen betreffend Tätigkeiten im orthopädischen Bereich wurde auf unbeschränkte Zeit verlängert. Somit konnte das IKRK seine Aktivitäten in den vier Zentren (zwei in Yangoon, eines in Mandalay im Zentrum des Landes und eines in Maymyo, östlich von Mandalay) weiterführen. Mehr als tausend Patienten (Mitglieder der Streitkräfte und Zivilisten aus den Konfliktzonen) wurden mit Prothesen ausgerüstet. Die Zentren fertigten insgesamt 1 260 Prothesen, 260 Orthesen und über 1 000 Paar Krücken an.

VERBREITUNG IN ASIEN UND IN DER REGION DES PAZIFIK

Wie in den Jahren zuvor verteilte sich die Verbreitungsarbeit 1991 in Asien und in der Region des Pazifik auf drei Tätigkeitsbereiche: Verbreitung im Rahmen einer Aktion des IKRK; Verbreitung als Tätigkeit einer Regionaldelegation; Ad-hoc-Unterstützung der Verbreitungstätigkeiten der Nationalen Gesellschaften.

NEPAL — Das IKRK setzte weiterhin seine Demarchen fort, um Zugang zu den Personen zu erhalten, die in Anwendung der Notstandsgesetzgebung inhaftiert worden waren. Im November erteilten die zuständigen Behörden eine grundsätzliche Zusage.

SUVA: (Australien, Fidschi, Kiribati, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Westsamoa, Salomoninseln, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Autonome Staaten, Territorien und Kolonien im Pazifik)

1991 erhielt das IKRK von der Regierung von Fidschi die Erlaubnis, eine Regionaldelegation in Suva zu eröffnen. Das offizielle Abkommen wurde am 23. Oktober unterzeichnet.

PAPUA-NEUGUINEA — 1991 besuchten die Delegierten die Flüchtlinge aus der Provinz Irian Jaya (Indonesien) im Lager East Awin, das unter der Verantwortung des UNHCR steht, und tauschten für die Flüchtlinge bzw. ihre in Irian Jaya verbliebenen Angehörigen bestimmte Botschaften aus.

Im Zusammenhang mit den Unruhen, die in Bougainville und Buka ausgebrochen waren, begab sich der Regionaldelegierte im April vor Ort, um die Auswirkungen der von den Streitkräften Papua-Neuguineas verhängten Blockade zu ermitteln, die in gewissen Gegenden weiterhin in Kraft war. Vom 21. November bis 1. Dezember führte er in Begleitung eines Arzt-Delegierten der Internationalen Föderation der Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften erneut eine Mission vor Ort durch, um die sanitären Strukturen an der Westküste, im Süden und im Zentrum der Insel Bougainville einzuschätzen.

Im Zusammenhang mit Konfliktsituationen oder inneren Unruhen (Afghanistan/Pakistan, Sri Lanka, Thailand/Kambodscha) zielten die Verbreitungstätigkeiten auf die unmittelbare Unterstützung der Aktionen des IKRK ab. Alle Anstrengungen verfolgten das Ziel, ein besseres Verständnis für das humanitäre Völkerrecht, die

Grundsätze der Bewegung und die Tätigkeit des IKRK zu erzeugen.

Um den Schutz der Opfer und die Sicherheit der Delegierten sowie der freiwilligen Helfer des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds zu verbessern, wandte sich das IKRK an die verschiedenen in die Konflikte verwickelten Parteien sowie an die Behörden und bat sie um Unterstützung für seine Aktionen.

Mit Hilfe seiner Regionaldelegationen versucht das IKRK, Verbreitungsprogramme in Zusammenarbeit mit den Nationalen Gesellschaften aufzustellen. In diesem Sinne führte das IKRK Lehrgänge für Verantwortliche und freiwillige Helfer durch, um diesen die Möglichkeit zu geben, ihr Wissen an die Mitglieder ihrer Nationalen Gesellschaft weiterzugeben. Die Vorträge und das Verbreitungsmaterial (Broschüren, Filme usw.) wurden mit technischer und finanzieller Unterstützung des IKRK in die Sprachen der betreffenden Länder übersetzt. Andererseits baten die Nationalen Gesellschaften das IKRK oft um Mitwirkung bei Verbreitungstätigkeiten auf nationaler oder regionaler Ebene.

Konflikt in Afghanistan

In Afghanistan wie auch in Pakistan wurden die Methoden zur Verbreitung des humanitären Völkerrechts und der Grundsätze dem Zielpublikum angepasst. In Kabul selbst sowie in den von der Regierung kontrollierten Gebieten und in Gebieten in der Hand der Aufständischen wurden zahlreiche Verbreitungsanstrengungen unternommen. Sie richteten sich zum grossen Teil an die Regierungstreitkräfte und die Kämpfer der Widerstandsbewegungen. Verbreitungsveranstaltungen wurden des weiteren in den Krankenhäusern des IKRK für die Angestellten und Patienten sowie ihre Angehörigen und in den Erste-Hilfe-Posten in der Nähe der umkämpften Gebiete organisiert. Ähnliche Vorträge fanden auch in Pakistan statt.

Sri Lanka

Auf Sri Lanka war die Verbreitung hauptsächlich auf die Streit- und Ordnungskräfte ausgerichtet. Für die Instrukteure der Sicherheitskräfte wurde ein Leitfaden geschaffen. Das IKRK nutzte jede Möglichkeit, um seine Tätigkeiten darzustellen und brachte Broschüren und

Filme in englischer, singhalesischer und tamilischer Sprache heraus.

Im Zusammenhang mit den Haftstättenbesuchen und der Behandlung der Gefangenen richtete das IKRK seine Anstrengungen zur Verbreitung des humanitären Völkerrechts im zweiten Halbjahr gezielt auf die Polizeikräfte.

Gegen Jahresende fanden an den Militärakademien und militärischen Ausbildungsstätten eine Reihe von Seminaren statt mit dem Ziel, das Kriegsrecht in die normalen Lehrgänge einzubauen.

Thailand/Kambodscha

An der thailändischen Grenze fanden mehrere Verbreitungsveranstaltungen zugunsten der königlichen thailändischen Streitkräfte statt, in deren Verlauf das IKRK die von den Kämpfern zu beachtenden Grundregeln sowie die Grundsätze der Bewegung darlegen konnte. Das IKRK führte ausserdem für verschiedene Khmergruppen und die Insassen der Flüchtlingslager Verbreitungsvorträge durch.

In Kambodscha nahm das IKRK ein Programm für die Verbreitungsarbeit in Angriff. So gab es mehrere Publikationen heraus, die die Delegierten bei ihren Missionen im Feld verteilten, und pflegte Kontakte zu Presse, Funk und Fernsehen, um das Verständnis der breiten Öffentlichkeit für seine Arbeit zu fördern.

Philippinen

Das zuständige Ministerium billigte den in Zusammenarbeit mit der Nationalen Gesellschaft ausgearbeiteten Vorschlag, das humanitäre Völkerrecht in die Lehrpläne der Fakultät für Sozialwissenschaften einzubeziehen.

Ausserdem wurden — wiederum in Zusammenarbeit mit dem Philippinischen Roten Kreuz — mehrere Verbreitungsveranstaltungen für die Streitkräfte, die Marine, Polizeioffiziere und Studierende verschiedener Universitäten durchgeführt.

Indien/Nepal

In Indien führte das IKRK an der Universität Jammu ein Verbreitungsseminar für Vertreter der 15 Universitäten des Nordens des Landes durch. Im Süden wurden Verbreitungsveranstaltungen in Tamil Nadu (für tamilische Flücht-

linge aus Sri Lanka) sowie in Karakkudi und Madras organisiert.

In Nepal organisierte das IKRK, in Zusammenarbeit mit der Nationalen Gesellschaft, für 17 Gruppen aus dem Westen des Landes ein vier-tägiges Seminar zur Verbreitung des humanitären Völkerrechts.

Indonesien

Anschliessend an das 1990 für ganz Indone-sien erstellte gemeinsame Verbreitungskonzept des IKRK und der Nationalen Gesellschaft fan-den 1991 drei Pilotseminare statt: ein erstes En-de Februar 1991 in Djakarta für Teilnehmer aus 23 Zweigstellen der Nationalen Gesellschaft in sieben Provinzen; ein zweites im Juni in Ujung Pandang für Teilnehmer aus Sulawesi, den Mo-lukken und Irian Jaya, und ein drittes im Okto-ber in Bali für die Verbreitungsverantwortlichen der Zweigstellen in Ost-Java, Bali, Lombok, Sumbawa, Flores, Sumba, Timor und Irian Jaya.

Die Seminare wurden mit Hilfe des Regie-rungskomitees für das Studium und die Verbrei-tung des humanitären Völkerrechts organisiert. Bereits bestehendes Material wurde angepasst und in die indonesische Sprache übersetzt.

Vietnam

In Zusammenarbeit mit der Nationalen Ge-sellschaft und der Föderation organisierte das IKRK zwei Verbreitungsseminare in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt, denen rund 100 Vertreter des Roten Kreuzes aller Provinzen Vietnams bei-wohnten. Zu den behandelten Themen gehör-ten die Grundsätze der Bewegung, die besondere Rolle des IKRK und das humanitäre Völ-kerrecht.

Die Nationale Gesellschaft hat es übernom-men, die Vorträge in die vietnamesische Spra-che zu übersetzen, um die Verbreitungsan-strengungen auf die Provinzen auszudehnen. Sie übersetzte und besprach ausserdem die Video-bänder, die während der Vorträge gezeigt wurden.

Ferner Osten

Die Regionaldelegation Hong Kong hat ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Verbreitung wei-terhin wahrgenommen.

In China wurde erstmals im Mai in Xian für 50 höhere Offiziere ein Seminar über das Kriegs-recht abgehalten. Organisatoren waren das Chi-nesische Rote Kreuz, die Streitkräfte und das IKRK.

In der Republik Korea fand zum dritten Mal ein Verbreitungslehrgang statt, dem Angestell-te von neun Zweigstellen und des Hauptsitzes der Nationalen Gesellschaft beiwohnten. Der Lehrgang wurde vom *Humanitarian Law Insti-tute* (Institut des Roten Kreuzes für humanitä-res Völkerrecht) und dem IKRK organisiert. Wie bei früheren Lehrgängen besorgte das Koreani-sche Rote Kreuz die Übersetzung aller Doku-mente und Videos in die koreanische Sprache.

Im September fand das erste Seminar für die Streitkräfte der Demokratischen Volksrepublik Korea statt. Es wurde gemeinsam von der Na-tionalen Gesellschaft und dem IKRK organisiert, das einen Spezialisten aus Genf entsandt hatte. An diesem Seminar nahmen rund 20 Offiziere teil.

Im November organisierten das Rote Kreuz der Mongolischen Volksrepublik und das IKRK in Ulan Bator gemeinsam einen ersten Verbrei-tungslehrgang über humanitäres Völkerrecht und die Grundsätze der Bewegung für Vertreter von 18 Provinzen. Die Nationale Gesellschaft hatte die Übersetzung aller Dokumente in die mongolische Sprache besorgt.

Ebenfalls im November wurde ein erster Kriegsrechtslehrgang für Offiziere der *Japan De-fense Agency* durchgeführt. Der Lehrgang, der vom Delegierten des IKRK für die Streitkräfte geleitet wurde, war vom Japanischen Roten Kreuz und dem IKRK organisiert worden.

Pazifik

Dank seiner neueröffneten Regionaldelegation in Suva (Fidschi) konnte das IKRK die Verbrei-tungsanstrengungen der Nationalen Gesellschaft bei den Streitkräften weiterhin unterstützen.

In Papua-Neuguinea arbeitete das IKRK ein Ausbildungsprogramm für den Verbreitungsver-antwortlichen der Nationalen Gesellschaft aus. Ausserdem wurden Verbreitungsveranstaltungen für rund 600 Rekruten und Offiziere der Streit-kräfte sowie Angehörige der Polizei organisiert.

In Neuseeland nahm ein Delegierter an einem Lehrgang in humanitärem Völkerrecht teil, der von der Nationalen Gesellschaft für 24 Verbrei-tungsverantwortliche des Roten Kreuzes orga-

nisiert worden war. Ausserdem beteiligte er sich während eines Aufenthalts in Neuseeland an ei-

nem Kurs für künftige Delegierte der Nationalen Gesellschaft.

DURCH DAS IKRK IM JAHRE 1991 VERTEILTE HILFSGÜTER
ASIEN UND PAZIFIK

Land (in der Reihenfolge der französischen Ländernamen)	Med. Hilfe (SFr.)	Hilfsgüter		Insgesamt (SFr.)
		(SFr.)	(Tonnen)	
Afghanistan	1 440 657	695 265	227,9	2 135 922
Kambodscha	2 020 153	12 142	12,2	2 032 295
Indonesien	19 041	19 574	2,7	38 615
Myanmar	28 272			28 272
Pakistan (Konflikt in Afghanistan)	923 429	277 737	212,6	1 201 166
Philippinen	18 334	176 853	204,9	195 187
Sri Lanka	256 328	1 047 247	508,3	1 303 575
Thailand (Konflikt in Kambodscha)	612 921	19 676	4,0	632 597
Vietnam	31 405			31 405
TOTAL	5 350 540	2 248 494	1 172,6	7 599 934